

der * bund

sozialdemokratischer juden - avoda

Israel I: Rede – ... nicht mehrheitsfähig. Shelly Yachimovich' Avoda, S. 2 / **Gemeindeleben I IKG:** kurz.bundig I – Und sie bewegt sich doch; kurz.bundig II – Kultusgemeinde, nein dankel, S. 7 / **Israel II Zionismus:** Der Mann, der Herzls Traum wahr machte, S. 4 / **Erinnerung I:** Nachruf – Peter Schieder s. A., S. 8 / **Gemeindeleben II Sport:** Neuer Chef, offene Fragen, S. 3 / **Erinnerung II:** Aron Menczer – Ein Leben für die Jugend(alijah), S. 8 / **Israel III Zionismus:** Mit 66 Jahren. Teilungsplan 1947, S. 5

Liebe Leserin, geschätzter Leser!

Bei der Arbeit an dieser Ausgabe des **bund** drängte sich mir alsbald die Frage auf: Hat jedes Volk, das im Wortsinn die Wahl hat, die Regierung, die es verdient? Als Österreicher und Jude konnte ich diese Frage nur mit „Ja“ beantworten (oh glückliches Inselvolk der Seligen). Perfid!

Wie aber sieht es zum Beispiel mit Israel aus? Warum, so fragte ich mich bei der Lektüre einer ihrer Reden, warum ist die israelische Spitzenpolitikerin Shelly Yachimovich in Opposition und nicht an der Regierung? Yachimovich ist seit 2011 Vorsitzende der Arbeiterpartei. Im Unterschied zu ihrem Vorgänger Ehud Barak gilt die frühere politische Starjournalistin als bodenständige Anwältin der kleinen Leute. Unter ihrer Führung überwand Avoda das historische Tief, trotzdem verpasste man im letzten Jänner das Wahlziel einer Mehrheit links der Mitte („... nicht mehrheitsfähig“, Seite 2).

Wenn sich die israelische Arbeiterpartei neuerdings wieder auf den Zionismus beruft, dann zitiert sie das Lebenswerk von Männern wie Arthur Ruppin. Der wegen seiner elitären „Auslese-Philosophie“ nicht unumstrittene deutsch-jüdische Soziologe und Verwaltungsexperte teilt das Schicksal etlicher Gründerväter des Staates Israel: Man hat ihn heute fast vergessen („Der Mann, der Herzls Traum wahr machte“, Seite 4).

Dieser Tage vor 66 Jahren beschloss die UNO-Vollversammlung den Teilungsplan für Palästina. Die kaum mehr



editorial

als 600.000 Juden des Jischuw, unter ihnen viele traumatisierte und gezeichnete Schoa-Überlebende, konnten nicht mal eine Nacht lang feiern... („Mit 66 Jahren“, Seite 5)

Es freut uns naturgemäß, wenn eine politische Initiative des **bund sozialdemokratischer juden – avoda** aufgegriffen und umgesetzt wird. Auch wenn es, wie in diesem Fall, vier Jahre brauchte, bis die IKG unser Konzept, die Kultusgemeinde für fernstehende Juden attraktiver zu machen, reagierte (kurz.bundig, Seite 7).

Neben Erinnerungen an den großen Peter Schieder und den noch größeren Aron Menczer finden Sie in diesem **bund** auch eine Story zum Thema Sport, die die Herrn Stern Senior und Stern Junior für Sie aufbereitet haben: In „Neuer Chef, offene Fragen“ auf Seite 3 berichten wir von der letzten Generalversammlung des S.C. Maccabi, bei der unter anderem ein neuer Präsident gewählt wurde.

Ich darf Ihnen, liebe Leserin, geschätzter Leser, viel Vergnügen beim Lesen dieser **bund**-Ausgabe wünschen und natürlich ein herzliches Chanukka sameach!

Robert Sperling



Der Bund wünscht allen Lesern Chanukka sameach

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich danke für die Einladung und für die Gelegenheit, gerade jetzt, am Beginn neuer Friedensgespräche mit den Palästinensern, das Wort an Sie zu richten. Lassen Sie mich aber, bevor ich auf dieses Thema näher eingehe, einige Worte zum Iran sagen.

Sollte sich die Möglichkeit bieten, die nukleare Aufrüstung des Iran auf diplomatischem Wege zu stoppen, dann müssen wir sie ergreifen. Täuscht uns der Iran allerdings, haben wir alle Optionen in Betracht zu ziehen. Wir brauchen uns weder naiv noch paranoid zu verhalten. Wir haben das Recht, uns zu verteidigen und: wir wissen uns zu verteidigen. Die nuklearen Ambitionen des Iran bedrohen nicht nur Israel, sie sind eine ernste Gefahr für die Welt. Und doch kann Gewalt nicht

Seit 2006 ist Shelly Yachimovich Abgeordnete der israelischen Arbeiterpartei Avoda, 2011 wurde sie zur Parteivorsitzenden gewählt. Yachimovich hat das selbstzerstörerische Gezeter und Gezerre in ihrer Partei (endgültig?) beendet und Avoda nach historischem Absturz wieder aus der politischen Bedeutungslosigkeit geführt. Die Hoffnung vieler Israelis, Yachimovich und Avoda könnten bei den letzten Wahlen zur Knesseth für eine linksliberale Mehrheit sorgen, erfüllte sich indes nicht. Liest man die Rede, die Yachimovich kürzlich vor Delegierten der J-Street-Konferenz* hielt und die wir im Folgenden auszugsweise wiedergeben, fragt man sich allerdings warum ...

... nicht mehrheitsfähig

Was ist los mit den israelischen Wählern?

am Beginn, sondern muss am Ende der Entwicklung stehen – dann, wenn alles andere scheitert.

Ich schätze Präsident Obamas Willen sehr, sich weiterhin im Nahen und Mittleren Osten zu engagieren. Wir sind uns bewusst, dass unsere Allianz mit den Vereinigten Staaten von hohem Wert ist. Wir unterstützen den Präsidenten in seinem Bestreben nach Abrüstung des Iran und in jenem nach einem Abkommen zwischen uns und den Palästinensern.

Ich weiß, dass sie, meine Damen und Herren, Israel voll und ganz unterstützen, gleichzeitig aber die israelische Politik kritisch verfolgen. Und ich weiß, was das bedeutet. Als Vorsitzende der Opposition ist es meine Aufgabe, die Regierung zu fordern, zu kritisieren und Alternativen

zu bieten. Glauben sie mir, ich tue das bei jeder sich bietenden Gelegenheit.

Aber als Politiker müssen wir Hoffnungslosigkeit bekämpfen und positive Zugänge finden. Es ist unsere Pflicht, die gegenwärtigen Friedensbemühungen zu unterstützen und zu zeigen, dass Frieden erreicht werden kann. Wir müssen Frieden sähen und das zarte Pflänzchen zum Sprießen bringen. Das ist entscheidend für die Zukunft des Zionismus!

Denn was bedeutet Zionismus? Zionismus steht für einen jüdischen und demokratischen Staat. Zionismus heißt Gleichberechtigung unter den Bürgern Israels, unabhängig von Ethnie, Religion oder Geschlecht. Das ist in Israels Unabhängigkeitserklärung so verankert. Das sind die wesentlichen Grundlagen unseres Staates.

Wie sie wissen, wird es unter Israel-Kritikern zunehmend beliebter, einen bi-nationalen Staat beziehungsweise eine Ein-Staaten-Lösung zu fordern. Aber diejenigen, die das befürworten, befördern in Wahrheit ein Szenario, das der Idee des Zionismus vollkommen widerspricht. Die Zwei-Staaten-Lösung ist die einzig machbare für uns. Sie ist die einzige Lösung, die

uns weiterhin erlaubt, den zionistischen Traum eines jüdischen und eines demokratischen Staates zu verwirklichen.

Was nun ist die Rolle der Arbeiterpartei bei dieser Aufgabe? Nach den Wahlen im heurigen Jänner wollte uns Ministerpräsident Netanyahu in seiner Regierung. Wir aber konnten uns an dieser Regierung nicht beteiligen. Denn nicht nur beim Friedensprozess, auch bei Wirtschaft, Sozialem und Bürgerrechten trennen uns Welten.

Ich bin Sozialdemokratin. Ich kämpfe für mehr Gerechtigkeit, für Solidarität, für soziale Marktwirtschaft. Unser Steuersystem muss sich ändern. Der Staat muss dort, wo es nötig ist, wieder mehr Verantwortung übernehmen, auch bei den Bürgerrechten. Wir bekennen uns zur freien Religionsausübung für alle. Das gilt für sämtliche Strömungen im Judentum – egal, ob konservativ, reformistisch oder orthodox, aber auch für alle Nichtjuden. Wir unterstützen zivile Eheschließungen, wir unterstützen die Rechte von Schwulen und Lesben und gleichgeschlechtliche Eheschließungen. Kurz, wir glauben an ein freies und demokratisches Israel mit einer starken Armee und sicheren Grenzen – nicht nur, um unser Leben zu verteidigen, sondern auch unsere Werte. Das ist der wahre zionistische Traum!

Diese Überzeugungen waren und sind aber nicht mit der Politik der Regierung Netanyahu in Einklang zu bringen, und keinesfalls stehen wir als Feigenblatt zur Verfügung. Allerdings werden wir den



Shelly Yachimovich

Ministerpräsidenten unterstützen, sollte es ihm mit einem Friedensabkommen ernst sein. Sollten einige aus dem Rechtsblock die Regierung verlassen, würden wir als politisches Sicherheitsnetz fungieren und auch die Möglichkeit eines Regierungsbeitritts überdenken. Ich habe dies dem Ministerpräsidenten gesagt und auch Präsident Obama.

Meine Damen und Herren, wir tun für den Frieden alles, was möglich ist – aber das ist nicht unsere einzige wichtige Aufgabe. Wie sie vielleicht wissen, wurde

Israel in die OECD, die „Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ – aufgenommen. Damit sind wir offiziell als entwickelte Wirtschaft in der Welt anerkannt. Wir verzeichnen ein starkes Wirtschaftswachstum und haben einen blühenden High Tech-Sektor. Und wir haben ein gutes öffentliches Gesundheitswesen.

Allerdings ist die Ungleichheit bei den Einkommen horrend, und unsere Armutsrate ist erschreckend. Die Hälfte der Beschäftigten verdient so wenig, dass sie keine Einkommensteuer zahlt. Zu viele Israelis leben auf einem Niveau, das nichts mit einer entwickelten Volkswirtschaft zu tun hat. Diese Ungleichheit ist eine neue Erfahrung in unserer Gesellschaft. Und das darf so nicht weiter gehen!

Nehmen Sie zum Beispiel meine Familie: Meine Eltern waren Überlebende des Holocaust. Sie hatten ihre Familien vollständig verloren. Mein Vater kam bloß mit dem, was er am Leibe trug, nach Israel. Er wurde hier Bauarbeiter. Meine Mutter war Lehrerin. Sie haben beide hart gearbeitet, aber sie waren stolz, die Familie in Würde

zu ernähren. Heute wäre eine solche Familie zu einem Leben in Armut verurteilt.

Ich will dafür zu sorgen, dass Menschen wie mein verstorbener Vater sich Grundbedürfnisse wie Wohnung, gesunde Ernährung, medizinische Versorgung und Bildung wieder selbst erarbeiten können. Um das zu erreichen, habe ich 45 Gesetzesanträge in der Knesset eingebracht.

Ich habe zwei Kinder. Mein Sohn ist 22 Jahre alt und Offizier in der Armee. Meine Tochter ist 18 und absolvierte ein Gymnasium in Tel Aviv. Sie kommt ebenfalls bald zur Armee. Als Mutter will ich, dass ihre Generation nicht mehr auf dem Schlachtfeld kämpfen muss. Aber wir haben auch dafür zu sorgen, dass sie in einer besseren, einer sozialeren Gesellschaft aufwächst. Wir müssen gerechtere Wirtschaftsbedingungen schaffen, mehr Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern, zwischen Arabern und Juden, zwischen Einwanderern und im Land Geborenen.

Manchmal fragen mich Menschen: Wie kannst Du jetzt von Frieden mit den Palästinensern sprechen, jetzt, wo im Mittleren Osten Chaos herrscht? Ja, wir sind Zeugen

von Bürgerkriegen und endlosem Blutvergießen um uns herum. Zeugen eines Horrors, der uns gerade als Juden nicht gleichgültig lässt. Gerade deshalb müssen wir dankbar sein, dass Israel eine Demokratie ist und Konflikte friedlich zu lösen imstande ist.

Unserem Ministerpräsidenten sage ich: Das wird nicht einfach – aber um Israels Zukunft willen, wir müssen uns bewegen! Wir werden sie dabei unterstützen! Das israelische Volk wird sie unterstützen! Und die Welt wird Israel unterstützen.

Übersetzung Peter Munk, redaktionelle Bearbeitung Robert Sperling

**J-Street ist eine jüdisch-US-amerikanische Lobbying-Organisation, die sich für eine führende Rolle der USA beim Friedensprozess in Nahost ausspricht. Sie bezeichnet sich selbst als politische Heimat für Amerikaner, die Israel als jüdischen Staat sehen und sein Streben nach Sicherheit unterstützen. Gleichzeitig tritt die Organisation für das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat ein, also für die Zwei-Staaten-Lösung.*

Großes Echo fand der Beitrag im letzten bund über die „Neu-Selbsterfindung“ der Fußballsektion des S.C. Maccabi. Wir schrieben, dass es zwar sportlich aufwärts ginge, jedoch immer weniger jüdische Spieler in der Kampfmannschaft und auch im Nachwuchs Gelegenheit hätten, ihrem sportlichen Hobby nachzugehen. Mittlerweile sind, wie wir erfahren, Initiativen geplant, die Vereinsleitung zu einer Kursänderung zu bewegen oder zumindest wieder eine Reservemannschaft aufzustellen. Beim Trainer, der ja seine Kadernspieler bei Laune halten muss, fallen diese Bestrebungen jedenfalls auf fruchtbaren Boden.

Im Vorfeld der Generalversammlung des S.C. Maccabi am 5. November herrschte geradezu konspirative Geheimniskrämerei um die Kandidatur eines neuen Obmanns. Hannes Winkelbauer, Unternehmer und Tempelvorsteher, Jahrgang 1964, wurde schließlich einstimmig zum Nachfolger von Oskar Deutsch gekürt. Vom bisherigen Vorstand blieb lediglich KV Alusch Berger, Mitglied der Bridgesektion, übrig. Ausgeschieden ist Ivan Roth, Gründungsmitglied, Sponsor und seitens der Vereinsführung schmählich unbedankte „gute Seele“ der Fußballsektion. Sowohl Berger als auch Roth kickten übrigens in jüngeren Jahren für die „alte“ Maccabi.

Vereinsrechtlich bedenklich ist der Umstand, dass der Betrieb des Sportvereines nach wie vor nach dem Uraltstatut abgewickelt wird und nicht nach den 2007 vorgelegten Satzungen, die den geänderten Paragraphen des verbindlichen Vereinsgesetzes angepasst worden waren. Aus Maccabi-Kreisen ist zu hören, dass es darüber seinerzeit gar keine Abstimmung gegeben hätte und daher auch nichts davon im Protokoll zu

Neuer Chef, offene Fragen Generalversammlung des S.C. Maccabi

finden sei. Einige wollten sich hingegen sehr wohl an eine Abstimmung erinnern. Ähnliche Lücken taten sich rund um die Einladungs politik zur Generalversammlung auf. Einige Mitglieder hatten gar keine schriftliche Einladung erhalten und eher zufällig Kenntnis von der Sitzung erlangt. Eine auffällige Häufung von Seltsamkeiten ...

Im Jänner kommenden Jahres soll eine neuerliche Generalversammlung weitere Entwicklungen beschließen. Welcher Art, wurde nicht verraten. Beschlossen wurde hingegen ein allgemeiner Mitgliedsbeitrag in Höhe von € 300 jährlich. Das könnte sich bei der Fußballsektion noch als sehr problematisch erweisen, wenn einige bevorzugte Spieler für ihre Bemühungen Prämien beziehen und ihre Amateur-Mannschaftskollegen dafür kräftig zur Kassa gebeten werden. Der bund bleibt natürlich auch in dieser nicht unheiklen gesellschaftspolitischen und sportlichen Angelegenheit „am Ball“.

Albert Stern, Ernst Meir Stern

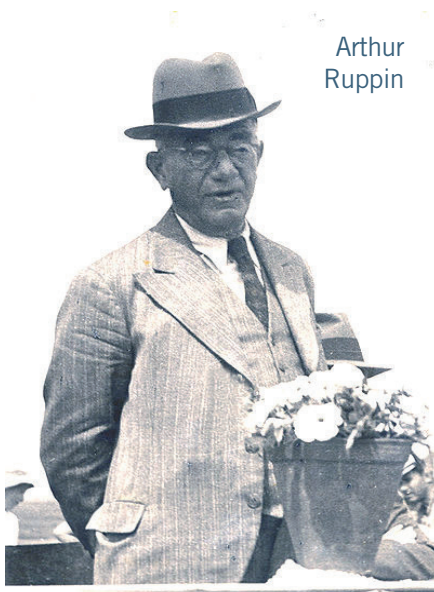
Der Mann, der Herzls Traum wahr machte

Arthur Ruppin, 1876 bei Posen geboren, aufgewachsen in Magdeburg, studierte in Berlin und Halle und machte sich schon als junger Mann einen Namen als Nationalökonom und Soziologe. 1907 wurde er von den führenden Köpfen der zionistischen Bewegung mit der Mission nach Erez Israel geschickt, ein Besiedlungsprogramm für die wirtschaftlich und gesellschaftlich notleidenden Juden Osteuropas auszuarbeiten.

Der intellektuelle „Jekke“ Ruppin, ein Sozialist der ersten Stunde, gewann aus der Begegnung mit idealistischen jungen Osteuropäern schon bald die Überzeugung, dass genau sie *die tragenden Säulen des Besiedlungswerkes* sein würden. Daraus entwickelte er unter anderem seine aus heutiger Sicht fragwürdige Idee einer jüdischen Elite durch Auslese. Es folgte ein Masterplan für Palästina, der die Gründung eigenständiger Siedlungen auf im jüdischen Nationalbesitz befindlichem Land sowie die Urbarmachung des Bodens durch jüdische Pioniere (Elite!) vorsah. Ein Jahr später übernahm Arthur Ruppin die Leitung des „Palästinaamtes“ in Jaffa. Ab diesem Zeitpunkt koordinierte er mit großem Erfolg die jüdische Ansiedlung.

Gleichermaßen Theoretiker wie Praktiker, veränderte Ruppin die zionistische Praxis jener Tage entscheidend: Der „träumerische“, visionäre Zionismus Herzls wich einem dynamisch pragmatischen Verwaltungssystem, das sich als Vorläufermodell eines zu gründenden Staates verstand. Arthur Ruppin hatte auch großen

Die Geschichte Israels wurde von zahlreichen Persönlichkeiten geprägt. Siedlungen, Straßen, Plätze tragen ihre Namen. Doch ihre oft abenteuerlichen Biografien sind heute vergessen. Wer etwa kennt noch die Lebensgeschichte jenes Mannes, dem der nordisraelische Kibbuz Kfar Ruppin seinen Namen verdankt? Eine Erinnerung an Arthur Ruppin, Zionist der ersten Stunde, gestorben vor 70 Jahren.



Arthur Ruppin

Anteil an der Gründung des Kibbuz Degania im Jahr 1909, einem der Wahrzeichen des „zionistischen Ethos“. Die Tätigkeit im Palästinaamt übte Ruppin mit großem Erfolg bis 1920 aus. Danach wandte er sich, der nie Politiker sein wollte, wieder seinen akademischen Studien zu.

Mit dem Aufstieg der Nationalsozialisten in Deutschland setzte sich Arthur Ruppin für eine „deutsche Abteilung“ innerhalb der Jewish Agency ein, die sich um die Einwanderung deutscher Juden und deren Integration im Land kümmern sollte, und wurde deren Leiter.

Arthur Ruppin – Legende des Zionismus

1934 begründete er das Institut für Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsplanung und arbeitete Richtlinien für die Verwaltung des Jischuw (jüdische Bevölkerung Palästinas) aus. Seine Pläne bildeten die theoretische Grundlage und lieferten das praktische Fundament für die Einwanderung hunderttausender Jüdinnen und Juden.

Ruppin beschäftigte sich bereits damals mit der „arabischen Frage“, womit er den meisten zionistischen Führern seiner Zeit

weit voraus war. Er gehörte gemeinsam mit Martin Buber zu den Gründern der Bewegung „Brit Schalom“ (Friedensbündnis), welche die Lösung des Problems in einem bi-nationalen Staat beider Völker sah. Als Folge der ständigen Aggression durch die arabische Seite, die in den blutigen Unruhen des Jahres 1929 gipfelte, gelangte Arthur Ruppin allerdings zur pragmatischen Folgerung, dass das Land in zwei Staaten für zwei Völker aufgeteilt werden müsse. Als Konsequenz trat er aus dem Friedensbündnis wieder aus. *Was die Araber zu geben bereit sind, brauchen wir nicht, und was wir brauchen, wollen sie uns nicht geben* formulierte Ruppin seinen politischen Sinneswandel. Diese Erkenntnis prägte die Politik der israelischen Arbeiterbewegung und ihrer führenden Köpfe für Jahrzehnte – unter ihnen Moshe Dayan, der als politischer Ziehsohn Arthur Ruppins galt.

Kühnheit, Gründlichkeit und Umfang seines zionistischen Aufbauwerks machen

Arthur Ruppin zu einer faszinierenden, wenn auch nicht gänzlich unumstrittenen Gestalt neuerer jüdischer Geschichte. Es gilt, sein Andenken – über den Kreis der Wissenschaft hinaus – zu bewahren.

EMS, RS

Chanukka Sameach 5774
wünschen allen
Freunden und Bekannten
herzlichst

*Mag. Dr. Waltraude Lilly Licen
und Heinz A. Licen, M.A.*

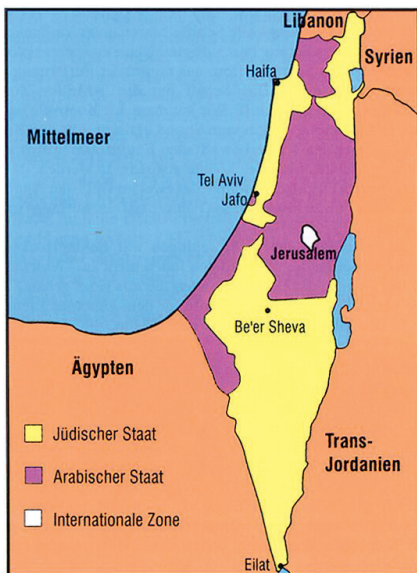
Quellen: MB Yakinton Nr. 261/September 2013
Arthur Ruppin, „Tagebücher, Briefe Erinnerungen“, Jüdischer Verlag Athenäum, 1985

Mit 66 Jahren ...

Der Teilungsplan vom 29. November 1947

In Palästina, aber auch in der gesamten übrigen Welt fieberten die Juden der Abstimmung entgegen. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen würde über den Teilungsplan, der in der seit Jahrzehnten umkämpften Region einen jüdischen und einen palästinensischen Staat (und damit endlich Frieden) schaffen sollte, entscheiden. Die britische Regierung hatte ihr Mandat über Palästina an die UNO zurückgelegt, sämtliche arabischen Staaten liefen Sturm gegen den Plan, und viele andere Regierungen hatten sich noch keineswegs entschieden.

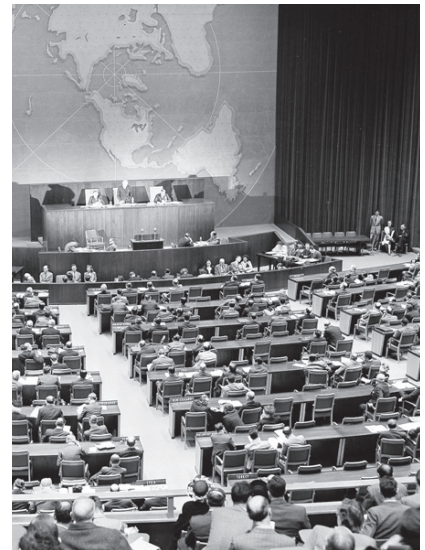
Um ein Uhr Früh Jerusalem Zeit, in der Nacht des 29. November 1947, war die dramatisch verlaufene Stimmabgabe endlich beendet. Der Gene-



Der Teilungsplan 1947

ralsekretär der in Lake Success, einem Städtchen auf Long Island in der Nähe von New York City tagenden UN-Generalversammlung, der Brasilianer Oswaldo Aranha, trat ans Mikrophon und verkündete mit sonorer Stimme das Ergebnis der Abstimmung über den Teilungsplan.

Dafür: 33, dagegen: 13, Stimmenthaltungen: 10, ein abwesender Delegierter. Der Vorschlag ist angenommen. Das historische Votum bildete die Grundlage zur Ausrufung des ersten jüdischen Staatsgebildes nach 2000 Jahren. Nahezu der ganze „Jischuw“ (die 650.000 jüdischen Einwohner Palästinas) war auf den Straßen und Plätzen oder lauschte atemlos an den Radioapparaten, während unter dem frenetischen Jubel einer riesigen Menschenmenge im Hof der „Jewish Agency for Palestine“ die zionistische Flagge gehisst wurde. Golda Meir trat auf den Balkon und begann ihre Ansprache mit den Worten *Juden* –



UN-Vollversammlung 1947

Mazel tov! Oberrabbiner Herzog, vom Lärm geweckt, blies den Schofar und wurde von der Menge auf Schultern zur Yeshurun Synagoge getragen, wo er ein Dankgebet sprach.

Mitten in die nicht enden wollenden Jubelfeiern platzte die Meldung, dass bei Lydda auf einen Bus geschossen und fünf jüdische Passagiere getötet worden waren. Es war der Auftakt zum blutigen Krieg ums Israels Unabhängigkeit.

red.

**DIE WIENER SOZIALDEMOKRATEN
WÜNSCHEN ALLEN LESERINNEN UND
LESERN EIN GUTES NEUES JAHR!**



© Keimrath



www.wien.spoe.at



**HEIMWERKER
GESUCHT**

BEZAHLTE ANZEIGE

**Wien.
Die Stadt
fürs Leben.**

Verantwortung übernehmen, Freude schenken

Clemens isst nicht nur jeden Sonntag mit seiner Schwiegermutter Gerda zu Mittag, sondern teilt sich mit seiner Familie Betreuungspflichten partnerschaftlich auf. Weitere Informationen zu gerechter Verteilung von Verantwortung finden Sie auf www.4waende4haende.at. Alle Informationen zu Kinderbetreuung und Pflege finden Sie auf www.wien.gv.at

6

4 WÄNDE | Frauen^{MA57}
HÄNDE | StaDt#Wien

StaDt#Wien
Wien ist anders.

Was sind nebbich schon vier Jahren in Relation zur Geschichte des Judentums? Diese geradezu lächerlich kurze Zeitspanne brauchte die Kommission für Integration und Zuwanderung, um sich in Bewegung zu setzen. Auslöser für diesen Motivationsschub war ein Beitrag in der letzten **bund**-Ausgabe, in welchem wir nachwiesen, dass ein Beschluss der Kommission, sich auch um das sträflich vernachlässigte Potential „abseits stehender Juden“ zu kümmern, schon einmal – nämlich bereits vor über vier Jahren – gefasst worden war. Der Bund Sozialdemokratischer Juden – Avoda hatte damals die Initiative ergriffen und zwei entsprechende Arbeitspapiere (eines davon für die Jugendarbeit) vorgelegt. Diese Konzepte waren in der Folge stillschweigend schubladisiert worden – von wem und warum auch immer.

Natürlich reagierten Präsident Deutsch und seine Fraktion auf die peinliche Enthüllung mit nobleem Schweigen. Wohl aber dürfte es fraktionsintern zu einigen Turbu-

lenzen gekommen sein. Mit dem Ergebnis, dass sowohl die Kommission für Integration und Zuwanderung als auch jene für Jugend und Sport plötzlich die „verschollenen“ Arbeitspapiere nochmals anforderten, und eine eigene Arbeitsgruppe mit der Aufgabe betraut wurde, die meisten Punkte des Bund-Konzeptes umzuset-

Und sie bewegt sich doch...

zen. Unter anderem soll jetzt auch die von uns seit vielen Jahren geforderte „Motivforschung“ unter jenen betrieben werden, die sich bislang von den Angeboten der IKG nicht angesprochen fühlen. Die Erkenntnisse aus dieser Umfrage sollen helfen, jüdische Menschen (wieder) für die IKG zu interessieren.

Ein Erfolg der Beharrlichkeit, ein Erfolg der Vernunft. Ein Erfolg des Bund!

Albert Stern

Läppische vier Jahre dauerte es also, ehe man seitens der Kultusgemeinde, sprich der zuständigen Kommission, bereit war, das Konzept des Bund Sozialdemokratischer Juden – Avoda zur Integration „Abseitsstehender“ aufzugreifen. Zu diesem auch zahlenmäßig beachtlichen Kreis, es dürften einige tausend Personen sein, welche sich von der jüdischen Gemeinde oder auch Kultusgemeinde aus mannigfachen Gründen fern halten, zählt auch eine gar nicht so unbedeutende Gruppe Intellektueller, Kulturschaffender und wissenschaftlich Tätiger.

Diese Menschen arbeiten innerhalb der österreichischen Gesellschaft mit beachtlichem Erfolg und genießen in ihren Wirkungsbereichen Ansehen. Nur soweit es die Bindung zum österreichischen Judentum betrifft, fristet diese geistige Elite eine Existenz am Rande. Sie ist in die jüdische Gesellschaft bei weitem nicht so integriert, wie dies bitter notwendig wäre. Soll sich die Kultusgemeinde nicht zu einem reinen Verwaltungsapparat entwickeln, der unter Kulturpolitik bestenfalls die Konservierung von Alt-hergebrachtem versteht, ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

In etlichen Gesprächen und Diskussionen mit Kulturschaffenden wurde mir deren intellektuelle und auch emotionale Reserviertheit gegenüber der IKG schmerzlich bewusst. Alle Gründe hier aufzuzählen, würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen, politische, kulturelle, religiöse und atmosphärische Argumente sind jedenfalls die meistge-

nannten. Etliche, mittlerweile obsoleete, „historische“ Resentiments sind ebenfalls im Spiel. Will die Kultusgemeinde diese Gruppe ernsthaft integrieren, muss sie zunächst vorurteilsfrei und mit offenen Augen und Ohren auf sie zugehen.

Prädestiniert für diese Aufgabe ist unter anderem die Kulturkommission, die in ihrer aktuellen Zusammensetzung derzeit den Eindruck erweckt, neue Wege der Kulturpolitik und Kulturarbeit beschreiten zu wollen.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang auf das Kulturkonzept des Bund verweisen, das auch vorsieht, bekannte Persönlichkeiten ehrenamtlich in die Arbeit der IKG einzubinden, kurz, einen „thinktank“ oder „braintrust“

aus kulturell oder wissenschaftlich tätigen Experten zu bilden. Dabei geht es nicht um die Ausrichtung kultureller Events, sondern vielmehr um Impulse für eine allgemei-

ne „geistige Aufrüstung“, mit deren Hilfe beispielsweise junge Menschen zu kulturellem Schaffen und Engagement für ihre Gemeinde ermutigt werden. Der „braintrust“ soll, unabhängig und unbeeinflusst von Parteipolitik, die Gremien und Institutionen der IKG beraten sowie Gedanken und Ideen „ausbrüten“. Uns leitet dabei die Vision, die jüdische Gemeinde auf längere Sicht zu einer neuen geistigen Hochblüte zu führen und sie auch für bisher Außenstehende attraktiv zu machen.

Ernst Meir Stern

Kultusgemeinde? Nein danke!

Ein Leben für die Jugend(alijah)

1993 erschien „Trotz allem... Aron Menczer 1917–1943“ über Leben und Wirken von Aron Menczer als Katalog zu einer Ausstellung im Jüdischen Museum Wien. Die Broschüre, unter anderem mit Beiträgen von Doron Rabinovici, Gabriele Anderl, Elisabeth Boeckl-Klamper und Channah Weiner, war zwischenzeitlich vergriffen. Jetzt gibt es eine erweiterte Neuauflage, die Ari Rath, dem ehemaligen Herausgeber der Jerusalem Post, zu verdanken ist. Nach einer Janusz Korczak-Lesung im

Theater Hamakon hatte er auf die Parallelen zwischen Janusz Korczak und Aron Menczer verwiesen.



„Trotz allem... Aron Menczer und die Jugendalijah“, Hg. Joanna Nittenberg & Benjamin Kaufmann, Edition INW, Wien 2013, 191 S. Gebunden. Mit zahlreichen Abbildungen. ISBN 3-9500356-6-4

Aron Menczer Buch neu erschienen

Menczer erlebte den Anschluss Österreichs an Nazi-Deutschland und die Auflösung aller jüdischen Organisationen in Wien. Nur die Israelitische Kultusgemeinde und die Jugendbünde blieben bestehen. Letztere wurden zur neu errichteten Jugendalijah zusammengefasst und dem SD-Mann Adolf Eichmann unterstellt. Ziel war die Auswanderung und Vertreibung der Juden aus dem ganzen Land. Der Großteil der jüdischen Intellektuellen floh ins Ausland. Aron Menczer blieb jedoch in Wien, wo er im Alter von 21 Jahren die Leitung der Jugendalijah übernahm und bis zu seiner Deportation ins Konzentrationslager Theresienstadt im Jahre 1942 innehatte.

Aron Menczer entstammte einer aus Galizien nach Wien eingewanderten bürgerlichen Familie, die in der Großen Sperlgasse in der Leopoldstadt wohnte. Aron Menczers Eltern Bluma und Simcha sowie seine vier Brüder wanderten nach Palästina aus und begannen in Haifa ein neues Leben. Aron blieb in Wien und sah es als seine Aufgabe an, der jüdischen Jugend Zuflucht und Schutz zu bieten.

Er verschaffte vielen hunderten Jugendlichen Einreisevisa nach Palästina und gab sogar sein eigenes, lebensrettendes, einem anderen jungen Menschen. Am 24. September 1942 wurde er mit seiner Verlobten Lotte Kaiser vom Sammellager in der Malzgasse 5 gemeinsam mit Desider Friedmann und Robert Stricker nach Theresienstadt deportiert. Auch dort betreute Aron Menczer bis zu seiner Verbringung nach Auschwitz am 7. Oktober 1943 Kinder und Jugendliche, deren Eltern man verschleppt oder bereits ermordet hatte. Aron Menczer und seine Verlobte überlebten Auschwitz nicht.

Heute erinnert nicht einmal eine Gedenktafel an Aron Menczers ehemaligem Wohnhaus in der Großen Sperlgasse 15 an das Leben und Wirken dieses für die jüdische Jugend so bedeutenden jungen Mannes.

Waltraude Licen

Peter Schieder s. A.

In einer Zeit, in der selbst sozialdemokratische Politiker sich bei jeder Gelegenheit militant israelkritisch gebärden, ja sogar enge Kontakte zu Islamisten und palästinensischen „Freiheitskämpfern“ unterhalten, schmerzt es umso mehr, das Ableben eines zwar kritischen, aber dennoch wahren Freundes des Staates Israel betrauern zu müssen. Peter Schieder verstarb im 73. Lebensjahr.

Er war unter anderem amtsführender Stadtrat, Abgeordneter zum Nationalrat und Ehrenpräsident der parlamentarischen Versammlung des Europarates. Neben seinen

Verdiensten in den vielfältigen Funktionen erhob der Sozialdemokrat Peter Schieder stets leidenschaftlich seine Stimme in Gremien, Medien und Diskussionsrunden gegen überzogene Kritik, oder wenn gar das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wurde. Als überzeugter Antifaschist hatte Schieder auch stets ein offenes Ohr für Anliegen und Probleme des österreichischen Judentums.

Mit ihm verlor Österreich einen aufrechten Demokraten, die österreichischen Juden einen wahren Freund und Israel einen prominenten Fürsprecher. Wir trauern mit seiner Familie.

red.

IMPRESSUM: Medieninhaber u. Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer Juden – Avoda, Praterstern 1, A-1020 Wien | Redaktion: Peter Munk, Ernst Meir Stern, Albert Stern, Desiree Reichman, Waltraude Licen | Chefredakteur: Robert Sperling | Satz u. Layout: Martina Hackenberg | Druck: AV+Astoria Druckzentrum